

**D**er offene Konflikt zwischen Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel sowie dem CSU-Vorsitzenden und Bundesinnenminister Horst Seehofer ist beigelegt. CDU und CSU haben sich im Streit um die Transitzentren geeinigt und auch mit der SPD einen Kompromiss über die Verfahren erzielt. Wir sprachen darüber mit dem Thüringer CDU-Landesvorsitzenden Mike Mohring, 46.

► **Herr Mohring, die Schwesterparteien CDU und CSU haben sich nach dem Ultimatum und angebotenen Rücktritt Horst Seehofers praktisch in letzter Sekunde zusammengerauft. Ist jetzt eine Spaltung der Union vom Tisch?**

Wolfgang Schäuble hatte es treffend formuliert: Beide Parteien standen am Abgrund, und dennoch war die Union von einer Spaltung weit entfernt. CDU und CSU sind Schwesterparteien. Sie sind die in Deutschland einzig verbliebene Volkspartei, und das können sie nur gemeinsam bleiben. Deshalb ist es gut, dass sich die Bundeskanzlerin und der Bundesinnenminister geeinigt haben. Für das Land und die Demokratie.

► **Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther sieht das offenbar kritischer. Er meint, die Debatte habe zu mehr Politikverdrossenheit geführt.**

**Die Beschlüsse würden Europa spalten.**

**Können Sie die Argumentation Ihres Bundesvorstandskollegen nachvollziehen?**

Diskurs in einer Partei ist gut. CDU ist Daniel Günther und Michael Kretschmer. Aus dem Widerstreit der Argumente lebt die Demokratie. Entscheidend ist am Ende, um es mit den Worten von Altkanzler Helmut Kohl zu sagen, was hinten herauskommt.

## „Wer Gastrecht missbraucht, muss das Land verlassen.“

Nur dem Druck aus der CSU ist es zu verdanken, dass die Europäische Union sich auf eine stimmige Strategie verständigt hat. Die Flüchtlingsproblematik und die Migrationswellen nach Europa werden uns noch über Jahre beschäftigen. Um die Flüchtlingssituation von 2015 nie wieder zu erleben, müssen wir schnell und konsequent Ant-

# Wie geht es weiter mit der Union, Herr Mohring?

Der **Sprecher aller CDU-Landtagsfraktionen** fordert bei Streitfragen künftig ein besseres Krisenmanagement der Unionsparteien

worten geben. Dazu ist nun auch mit der Einigung in der Koalition der Grundstein gelegt worden – die Bevölkerung erwartet das auch von uns.

► **Aber Herr Mohring, das war doch kein normaler Streit, sondern ein erbitterter Machtkampf zwischen Horst Seehofer und Angela Merkel vor dem Hintergrund, dass sich die CSU im Landtagswahlkampf befindet.**

Die CSU ist eine Schwesterpartei und kein Anhängsel der CDU. Sie ist ein Koalitionspartner. Ohne sie hätte die Bundesregierung keine parlamentarische Mehrheit. Deswegen endet auch die Richtlinienkompetenz der Kanzlerin im Koalitionsausschuss. Und Angela Merkel hat auch entsprechend reagiert. Die Lehre aus diesem Konflikt muss

sein, dass Kompromisse in Streitfragen künftig früher ausgelotet werden, bevor eine Auseinandersetzung erneut eskaliert – und wir müssen unsere erledigte Arbeit besser verkaufen.

► **Sie sprechen als CDU-Landtagsfraktionsvorsitzender in Thüringen und auch für alle anderen CDU-Landtagsfraktionschefs. Teilen Ihre Kollegen Ihre Meinung?**

Wir sind uns jedenfalls darüber einig, dass die Flüchtlings- und Migrationsproblematik eine der beherrschenden Fragen für die Entwicklung unserer Demokratie und unserer Gesellschaft ist, auf die wir dringend Antworten geben müssen. Nur wenn wir sie lösen, wird sich das Land nicht weiter spalten und werden die Rechtspopulisten von der AfD, die sich immer mehr radikalisiert, wieder an den Rand gedrängt. Gerade weil



die AfD sich als Vertreter nationaler Interessen aufspielt, darf sich nicht der Eindruck festsetzen, dass europäische und nationale Lösungen einander ausschließen. Das klang in den letzten Tagen gelegentlich so und ist falsch. Zwar ist mitnichten alles, was die Europäische Union für sinnvoll hält, auto-

matisch gut für Deutschland. Doch in und mit Europa lassen sich unsere deutschen Interessen langfristig besser sichern. Die Stärke der Unionsparteien war schon häufig, europäische und nationale Interessen auszubalancieren. Übrigens nicht zum ersten Mal in heftigen Debatten.

► **Gut, dann lassen Sie uns konkreter werden. Sind Transitzentren, ob sie nun so benannt werden oder nicht, der Beweis dafür, dass das Dublin-System gescheitert ist?**

Die in der Koalition vereinbarten Transitverfahren finden im Rahmen des Dubliner Abkommens statt, das dringend reformiert und effizienter neu gestaltet werden muss. Die Rückführungsprozesse müssen beschleunigt werden. In einem zweiten Schritt müssen wir schnellstens die Sicherung der Außen-

grenzen vorantreiben, die Grenzschutztruppe Frontex stärken und parallel die Hilfe vor Ort ausbauen. Die Bundesregierung hat mit ihrer Afrika-Strategie bereits eine Antwort darauf gegeben, von der wir auch noch wirtschaftlich profitieren können.

► **Was meinen Sie damit?**

Wir haben in Afrika, vor allem in der Sub-Sahara-Region, prosperierende Wirtschaftsräume, die für uns als Industrie- und Exportnation interessant sind. Nicht umsonst hat gerade Volkswagen ein Werk in Ruanda eröffnet. Wenn wir gemeinsam an der Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort arbeiten, wird der Migrationsdruck nach Europa abnehmen.

► **Der kommt aber vor allem aus den Maghreb-Staaten und den Bürgerkriegsgebieten im Nahen Osten. Oder?**

Sowohl als auch. In der Diskussion müssen wir aufpassen, dass wir nicht alles durcheinanderwerfen. Generell gilt: Anerkannte Kriegsflüchtlinge genießen subsidiären Schutz, im Prinzip, bis die Fluchtgründe entfallen. Abgelehnte Asylbewerber und Wirtschaftsflüchtlinge müssen abgeschoben und Asylberechtigte dringend integriert werden, sprachlich und auf dem Arbeitsmarkt. Und zudem müssen wir für eine kluge Einwanderungspolitik die gesetzlichen Grundlagen für den Zuzug von Fachkräften schaffen, der sich am Bedarf unserer Volkswirtschaft orientiert. Das liegt in unserem Wohlstandsinteresse und muss jetzt zügig umgesetzt werden. Und wer das Gastrecht missbraucht und kriminell wird, der muss das Land verlassen.

► **Die Diskussion in der Bevölkerung wird auch darüber geführt, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht ...**

Die Diskussion ist ohne Mehrwert. Die Religionsfreiheit ist im Grundgesetz geschützt. Das ist ein hohes Gut. Die christlich-jüdische Prägung und das antike griechisch-römische Erbe sind Bestandteile unserer Zivilisation und damit unserer Leitkultur. Wer bei uns leben will, der muss also unsere Grundwerte und die Rechtsordnung akzeptieren, so wie Deutsche die Werte akzeptieren müssen, wenn sie in einem anderen Land arbeiten. Das ist selbstverständlich.



Ein Selfie: Thilo Boss und Mike Mohring